

Politischer Jahresbericht

Brasilien 2005/2006



Rio de Janeiro

Regionalbüro Brasilien und Cono Sur, Juli 2005-Juli 2006

Dr. Thomas Fatheuer

Regionalbüro Brasilien und Cono Sur der Heinrich-Böll-Stiftung
Leitung: Dr. Thomas Fatheuer
Rua da Gloria 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro-Gloria
Fon +55-21-385 211 04
Fax +55-21-385 211 04
Email: boell@boell.org.br

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Präsidentschaftswahlen: Lula trotz Skandalen wiedergewählt	2
2. Die anderen Wahlen: Parlament und Senat	3
3. Skandale über Skandale - eine Schadensbesichtigung	6
4. Warum ist Lula weiterhin populär?.....	6
5. Trotz alledem: die Kontinuität.....	8
6. Das "Modell" Lula: die Einheit der Widersprüche.....	8
7. Konfliktfall Umweltpolitik.....	9
8. Außenpolitik: Neuer Protagonismus Brasiliens?.....	9
9. Ausblick: Regierung bekennt sich zur Besessenheit.....	10

Zusammenfassung

Das bestimmende Ereignis des Jahres 2006 waren die allgemeinen Wahlen. Trotz zahlreicher Skandale gelang dem Präsidenten Inácio Lula da Silva die Wiederwahl. Es waren insbesondere die ärmsten Bevölkerungsschichten und Landesteile, die Lula zum Wahlsieg im zweiten Durchgang verhelfen. Vieles spricht also dafür, dass die Sozialpolitik der Regierung einen entscheidenden Anteil an dem Erfolg hatte. In der Regierungszeit Lulas ist die soziale Ungleichheit deutlich zurückgegangen. Die Wahlen stärkten überraschenderweise auch die Partei des Präsidenten, die nun in fünf Bundesstaaten den Gouverneur stellt. Der Grünen Partei gelang zwar mit einem Stimmenanteil von 3,7% ein ausgezeichnetes Ergebnis, aber es reichte nicht, um die neue 5% Hürde zu nehmen. Damit zieht die Partei zwar ins Parlament ein, hat aber keinen Fraktionsstatus und erhält nur eine minimale Wahlkampfkostenerstattung.

Die politischen Turbulenzen der Jahre 2005 / 2006 haben die Wirtschaftsentwicklung wenig beeinflusst. Die Inflation bleibt unter Kontrolle und die Wirtschaft wächst 2006 wieder etwas stärker (3,5%) als im enttäuschenden Jahr 2005 (2,3%). Auch diese insgesamt zufrieden stellenden Wirtschaftsdaten haben zum Wahlsieg Lulas beigetragen.

Das Wahljahr blockierte in Brasilien jegliche Reformagenda. Auf der außenpolitischen Bühne wurde die Regierung jedoch gefordert. Das Scheitern der WTO Verhandlungen war eine Enttäuschung für Brasilien, dessen Außenminister Celso Amorim sich zuletzt persönlich um einen Kompromiss bemüht hatte. Damit ist der Blick auf die lateinamerikanischen Integrationsbemühungen gerichtet, die durch den Eintritt Venezuelas in den Mecosur in eine neue Phase treten. Die Nationalisierung des brasilianischen Energiekonzerns Petrobras durch die bolivianische Regierung des Präsidenten Evo Morales provozierte eine Krise im Block der progressiven Regierungen. Trotz Drucks der Opposition reagierte Brasilien gelassen, unterstützte die Nationalisierungspolitik Boliviens und bemüht sich nun um Verhandlungslösungen über die künftige Kooperation im Energiebereich.

Nach den ersten Ankündigungen des wiedergewählten Präsidenten wird die Ankurbelung des Wirtschaftswachstum die absolute Priorität der zweiten Amtszeit sein. Dies lässt schlimmes für ökologische Perspektiven befürchten. Wegen Geldmangel liegen gebliebene Großprojekte sollen nun umgehend umgesetzt werden. Auf der Prioritätenliste steht der Bau von Wasserkraftwerken im Amazonasgebiet und die Umleitung des Rio Sao Francisco, Projekte die von Umweltschützern und der katholischen Kirche bekämpft werden.

1. Präsidentschaftswahlen: Lula trotz Skandalen wiedergewählt

Zweifelsohne ist die Wiederwahl des Präsidenten Inacio Lula da Silva das herausragende politische Ereignis des Jahres 2006. Vorausgegangen war ein langer und konfuser Wahlkampf, der eher durch diverse Skandale als durch konzeptionelle Debatten geprägt wurde. Als schon die Wiederwahl Lulas im ersten Durchgang sicher schien, erschütterten neue Enthüllungen das Land und die Arbeiterpartei - PT - des Präsidenten. Parteimitglieder versuchten ein Dossier über den Oppositionskandidaten in São Paulo - Jose Serra - zu kaufen. Erschwerend war dabei, dass die Herkunft des Geldes, etwa 450.000 Euro, zweifelhaft war und auch während des Wahlkampfes blieb. Zwei Tage vor den Wahlen tauchten in der Presse Fotos des beachtlichen Batzen Geldes auf - dies reichte anscheinend, um einen Sieg im ersten Wahlgang zu verhindern.

Überraschenderweise setzte sich aber dann der Aufwärtstrend des Oppositionskandidaten Geraldo Alckmin nicht weiter fort. Ihm gelang das Kunststück, im zweiten Durchgang über 2,5 Millionen

Stimmen weniger zu erringen als im ersten Wahlgang. So wurde Lula am 29.10. mit dem überragenden Ergebnis von 60,4% der gültigen Stimmen im Amt bestätigt. Alckmin hatte offensichtlich die Skandalkarte ausgereizt und als es Lula und seinen Beratern gelang, den Wahlkampf wieder auf andere Themen zu lenken, wurde deutlich, dass es der Opposition an Alternativen fehlt. Zudem gelang es der PT, die öffentliche Debatte wieder in ein Rechts - Links Schema zu bringen. Lula erschien wieder als Kandidat einer Regierung der sozialen Gerechtigkeit, deren Errungenschaften verteidigt werden müssten.

Sieg der Sozialpolitik

Tatsächlich zeigt eine erste Wahlanalyse, dass Lula insbesondere in den ärmsten Landesteilen mit deutlichem Abstand die Wahl gewinnen konnte. Im Nordosten, dem Armenhaus Brasiliens, errang Lula 77% der Stimmen, deutlich mehr als 2002 (61,3%). Damit ist Brasilien heute gespaltenere als je zuvor. Während Lula 2002 in praktisch allen Bundesstaaten (die Ausnahme war der Kleinstaat Alagoas) gewinnen konnte, dominiert nun die Opposition den Süden des Landes und den wirtschaftlich wichtigsten Bundesstaat

São Paulo, die Heimat Alckmins. Lula wurde offensichtlich insbesondere von den ärmsten Teilen der Bevölkerung gewählt, die die Nutznießer der Sozialprogramme der Regierung sind. Die Kombination von makroökonomischer Stabilität und aktiver Sozialpolitik ist die Grundlage von Lulas Erfolg.

Dieser Erfolgsbilanz der amtierenden Regierung hatte die Opposition wenig entgegenzusetzen. Alckmin musste immer wieder beteuern, dass er die Sozialprogramme fortsetzen werde. Als ihm das Regierungslager vorwarf, er wolle weitere Staatsbetriebe privatisieren, war seine einzige Verteidigung, dies als Lüge zurückzuweisen. Der Wahlkampf vor der Stichwahl zeigte damit ein Dilemma der traditionellen politischen Kräfte auf, das offensichtlich nicht nur Brasilien betrifft. Eine eher wirtschaftsliberale politische Agenda ist in Lateinamerika immer weniger mehrheitsfähig. Die konservativen politischen Legitimationsressourcen wie Stabilitätspolitik, Überwindung der Inflation und Privatisierung schlecht verwalteter Staatsbetriebe sind entweder verbraucht oder eben auch bei progressiven Regierungen in guten Händen. Lula hat zwar keine der Privatisierungen seines Vorgängers Fernando Henrique Cardoso rückgängig gemacht - heute jedoch die Privatisierung des hochrentablen staatlichen Energiekonzerns Petrobras zu fordern, kommt einem politischen Selbstmord gleich. Auf der Agenda steht jetzt offensichtlich die Frage, wie die Stabilisierungserfolge der neunziger zu mehr sozialer Gerechtigkeit führen können.

Mit anderen Worten: Es ist nicht mehr "the economy, stupid", es ist die soziale Frage, die heute in vielen Ländern Lateinamerikas die Wahlen entscheidet. Und hier wird offensichtlich den linken Kräften mehr Vertrauen entgegengebracht und Kompetenz zugesprochen als den Liberalen. Allerdings war die Weiterführung einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik durch die Lula Regierung sicherlich eine notwendige Bedingung für den Erfolg. Zwar hat die linke Opposition diese Option als "Sparpolitik" kritisiert, aber diese Kritik konnte die "Rechte" nicht glaubwürdig aufnehmen. Die Zusammenarbeit eines Teils der traditionellen politischen Eliten mit Lula war eine weitere notwendige Bedingung für den Wahlerfolg. Insbesondere die PMDB, eher ein Wahlverein lokaler Politiker denn eine geschlossene Partei, hat mehrheitlich Lula unterstützt und wird bei der Regierungsbildung dafür den Tribut einfordern. Spätestens dann wird auch klar, dass die politischen Realitäten erheblich komplexer sind als das besagte Rechts - Links Schema vermuten ließe.

PSOL als linke Wahlalternative gescheitert

Drei Abgeordnete, die 2003 aus der PT wegen Widerstandes gegen die Regierungspolitik aus der PT ausgeschlossen worden waren,

haben als linke Alternative die klar sozialistisch orientierte PSOL ins Leben gerufen. Aushängeschild ist die charismatische Senatorin Heloisa Helena (gemeinhin als HH bezeichnet), die als Präsidentschaftskandidatin in den Wahlkampf ging. Bald war HH die Überraschung des Wahlkampfes. Ihre Umfrageergebnisse schnellten in die Höhe und lagen bei 10% - ein mehr als beachtliches Ergebnis für eine Kandidatin mit einer linkssozialistischen Programmatik. HH konnte der Unzufriedenheit mit der eher orthodoxen Wirtschaftspolitik Lulas, mit seinen Kompromissen mit dem rechten Lager und der nur zögerlichen Reformpolitik einen Ausdruck verleihen. Der große Verdienst von HH war es, dezidiert kritische und anti-neoliberale Positionen in einen sonst debattenarmen Wahlkampf einzubringen. Bald bestimmten aber eher ihre immer heftigeren und wüsteren Angriffe auf Lula die öffentlichen Auftritte. Sie verstieg sich zu der Behauptung, das Land würde durch eine kriminelle Bande regiert, die bereit sei, ihre Gegner zu liquidieren. Auch kamen im Laufe des Wahlkampfes die Ambivalenzen in den Positionen der radikalen Katholikin deutlicher zum Vorschein: Ihre kompromisslose Ablehnung der Entkriminalisierung der Abtreibung etwa machte sie für viele Frauen unwählbar. Dennoch bleibt ihr Wahlergebnis von fast 7% der Stimmen als Protest von links gegen die Politik Lula achtbar, in Rio de Janeiro kam HH sogar auf 17%. Eine große Enttäuschung für die PT - Dissidenten hingegen ist das Ergebnis der Parlamentswahl: nur drei Kandidaten der PSOL wurden gewählt. Alle drei waren übrigens bereits bei den letzten Wahlen für die PT ins Parlament eingezogen, der PSOL gelang es also nicht, auch nur ein einziges neues Gesicht ins Parlament zu bringen. Damit dürfte es um die Zukunft der PSOL als parteipolitische Alternative schlecht bestellt sein.

2. Die anderen Wahlen: Parlament und Senat

Gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen wurden auch das Bundesparlament, 1/3 des Senats und die Gouverneure der Bundesländer neu gewählt. Hier ist es schwierig, einen klaren Sieger zu ermitteln, fast alle etablierten politischen Kräfte konnten Erfolge verbuchen.

Die Oppositionskoalition (PSDB und PFL) war trotz des unerwarteten Teilerfolges Alckmins nicht der Sieger der parallel stattfindenden Gouverneurs-, Parlaments- und Senatswahlen, sondern konnte genau wie der politische Gegner PT das Ergebnis aus 2002 in etwa bestätigen. Gestärkt geht hingegen die heterogene und notorisch gesplante PMDB aus den Wahlen hervor.

Dies bedeutet aber auch, dass der künftige Präsident auf jeden Fall wieder mit fragilen Mehrheiten im Kongress regieren muss - eine Blockadehaltung der jeweiligen Opposition kann wieder zur Verzögerung wichtiger Reformprojekte führen.

Trotz der politischen Skandale haben die brasilianischen Wähler und Wählerinnen also die aktuellen parteipolitischen Machtverhältnisse im Kongress und auf Landesebene weitgehend bestätigt, abgesehen von einigen Überraschungen insbesondere bei den Gouverneurswahlen.

Die Parlamentswahlen:

Die Parlamentswahlen – 513 Mitglieder umfasst die Abgeordnetenkammer – zeigen ein ernüchterndes Ergebnis, wenn man in Betracht zieht, dass vor dem Wahlkampf das Vertrauen der Wähler in die politischen Amtsträger im Keller war und viele eine massive Erneuerung des Parlaments erwarteten. Sicherlich, der Großteil der in die jüngsten Skandale verwickelten Abgeordneten wurde nicht bestätigt, doch liegt die Quote der Wiedergewählten bei 46% - die höchste seit 1994. Zudem sind unter den neuen Abgeordneten „Korruptionsprofis“, wie der Politdinosaurier und ehemalige Bürgermeister São Paulos, Paulo Maluf (PP), der seit Jahren nicht nur symbolisch mit einem Bein im Gefängnis steht. Nur 46 Abgeordnete sind Frauen, ein enttäuschendes Ergebnis, wenn auch eine leichte Steigerung gegenüber dem aktuellen Parlament, in dem 42 Frauen vertreten sind. Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Frauen in der Fraktion der PT deutlich zurückgeht: nur noch neun Frauen repräsentieren jetzt die Regierungspartei.

Das politische Sammelbecken PMDB ist der Sieger der Parlamentswahlen. Die Partei hat insgesamt 14 Sitze dazu gewonnen und stellt die stärkste Fraktion mit 89 Sitzen. Die PMDB ist derzeit zwar schon Teil der Regierungskoalition, jedoch wird dieser Koalitionskurs nur von einem Teil der Partei unterstützt. Die PMDB löst die PT als stärkste Partei ab, die zwar Verluste gegenüber 2002 hinnehmen muss, aber hinsichtlich der aktuellen Sitzverteilung im Parlament sogar leicht hinzu gewinnt. Keineswegs ist es also zu dem von vielen politischen Beobachtern erwarteten Einbruch bei der PT gekommen. Das Ergebnis wurde dementsprechend von der Partei als großer Sieg gefeiert.

Auch die beiden Oppositionsparteien PSDB (Mitte-Rechts) und PFL (Rechts-Liberal) verzeichnen gegenüber der letzten Wahl bisweilen deutliche Einbußen – die PFL verliert z.B. 19 Sitze – können aber ihre aktuelle Situation wie die PT leicht verbessern. Insgesamt haben Politiker aus nicht weniger als 21 Parteien den Einzug ins Parlament geschafft. Dies ist eigentlich keine Besonderheit für das fragmentierte Parteiensystem Brasiliens, doch wird mit der Anwendung einer 5%-Klausel die eigentliche Anzahl der arbeitsfähigen Parteien nochmals verringert.

Nur sieben Parteien meisterten die erstmals angewendete 5%-Hürde (PT (15,58%), PMDB (15,12%), PSDB (14,13), PFL

(11,34%), PP (7,42%), PSB (6,38%), PDT (5,40%)) und erhalten damit den so wichtigen Fraktionsstatus. Für die anderen Mittel- und Kleinstparteien bleiben zwei Möglichkeiten, um in den Genuss des Fraktionsstatus zu gelangen. Die erste Möglichkeit besteht in der Fusion mit anderen Kleinstparteien. Der Lula-Koalitionspartner PTB (4,89%) hat bereits angekündigt sich mit der PAN (0,28%) zusammen anzuschließen. Die zweite Möglichkeit könnte sein, dass viele Abgeordnete sich für den im parlamentarischen Betrieb Brasiliens sehr üblichen Parteiwechsel entscheiden und kurz vor Beginn der Legislaturperiode einer der sieben Fraktionen beitreten. Die großen Parteien ihrerseits werden heftig um die „wechselwilligen“ Abgeordneten buhlen.

Zudem bietet das Gesetz zur 5%-Klausel viel Interpretationsspielraum. So ist das obige Resultat der aktuell angewendeten „strengen“ Interpretation entnommen. Die nationale Wahlbehörde betonte aber, dass sie eingereichte Anträge der Parteien zur Interpretationsänderung prüfen werde. Somit könnten z.B. bei einer „weichen“ Auslegung bis zu 10 Parteien die Klausel geschafft haben.

Die Zusammensetzung der Abgeordnetenkammer

	03.10.2002	Akt. Sitzverteilung	01.10.2006
PMDB	75	78	89
PT	91	81	83
PFL	84	64	65
PSDB	70	59	65
PP	49	50	42
PSB	22	27	27
PDT	21	20	24
PL	26	36	23
PTB	26	43	22
PPS	15	15	21
PCdoB	12	12	13
PV	5	7	13
PSC	1	7	9
PTC		1	4
PMN	1		3
PSOL		7	3
PRONA	6	2	2
PRB			1
PTdoB			1
PAN			1
PHS			2
Parteilos		4	

Anmerkung: die Verschiebungen während der Legislaturperiode 2003 - 2006 sind durch die in Brasilien so häufigen Parteiwechsel zu erklären

Das Ende der grünen Partei?

Zu den Parteien, denen es nicht gelang, die 5% Klausel zu überspringen gehört auch die grüne Partei Brasiliens, PV. Dabei gelang ihr ein sensationell gutes Wahlergebnis. Dreizehn grüne Abgeordnete (darunter keine Frau!) werden in das Parlament einziehen, 2002 gelang lediglich die Wahl von fünf Abgeordneten. In Rio de Janeiro wurde Fernando Gabeira mit der höchsten Stimmenzahl aller Kandidaten zum Abgeordneten des Bundesparlaments gewählt. National erzielte die PV etwa 3,6% der Stimmen. Trotz dieses ausgezeichneten Ergebnisses ist die Zukunft der PV ungewiss. Für viele Abgeordnete wird die Versuchung groß sein, sich einer anderen Partei anzuschließen. Ob dabei alle zur selben Partei tendieren ist fraglich. In einigen Bundesstaaten unterstützten die Kandidaten der PV Alckmin, in anderen Lula. Die fehlende inhaltliche Geschlossenheit der Partei wird jedenfalls das Überleben als selbstständige politische Gruppe nicht erleichtern.

Der Senat:

Im Gegensatz zum Parlament ist die PMDB der Verlierer der Senatswahlen, bei denen 27 der insgesamt 81 Senatssitze neu besetzt wurden. Die PMDB stellte bisher 20 Senatoren und wird ab 2007 nur noch 15 Sitze in der Kammer haben. Die PFL kann zwei Senatssitze dazu gewinnen und ist mit 18 Senatoren die stärkste Partei. Die PSDB verliert einen Sitz und kommt auf 15 Senatoren. Ebenfalls einen Sitz büßt die PT ein und wird im neuen Senat 11 Abgeordnete haben. Insgesamt gingen 22 der 27 neu zu besetzenden Senatorensitze an Kleinstparteien. Die Linkspartei PSOL stellt mit dem Ausscheiden Heloisa Helena nun keinen Senator mehr und kurioserweise ist ihr direkter Nachfolger Ex-Präsident Collor (PRTB). Der ehemalige Präsident – nach einer Fülle von Korruptionsaffären im Zuge eines Impeachments 1992 abgesetzt – hat angekündigt, Präsident Lula zu unterstützen.

Die Sitzverteilung im Senat

	Aktuell	Ab 2007
PMDB	20	15
PFL	16	18
PSDB	16	15
PT	12	11
PDT	4	5
PTB	4	4
PL	3	3
PRB	2	2
PSB	2	3
PCdoB	1	2
PSOL	1	
PP		1
PRTB		1
PPS		1

Generell muss für Brasiliens Parteien- und Parlamentskultur nochmals betont werden, dass neben den knappen Machtverhältnissen die fehlende Fraktionsdisziplin der Parteien eine Mehrheitsbeschaffung zu einem zeit- und energieintensiven Unterfangen machen.

Die Gouverneurswahlen:

Genau wie bei den Kongresswahlen werden auch bei dieser Wahl zwei Charakteristika sehr deutlich. Zum einen ein hoher Grad an Kontinuität – 9 Gouverneure (und zwei „politische Erben“) wurden bereits im ersten Wahlgang bestätigt, sechs weitere (und zwei „politische Erben“) stehen in der Stichwahl – und zum anderen die knappen Mehrheitsverhältnisse zwischen Regierung und der PSDB-PFL-Opposition.

Die größte Sensation bei den Gouverneurswahlen gelang dem PT-Kandidaten im Bundesstaat Bahia Jaques Wagner, der völlig überraschend bereits im ersten Wahlgang den PFL-Kandidaten besiegte. Bahia – wichtigster Bundesstaat der armen Nordostregion – wird seit Jahrzehnten von der politisch-ökonomischen Machtclique um den Senator Antonio Carlos Magalhães (PFL) regiert. Im zweiten Durchgang gelang der PT ein überraschender Wahlsieg im Amazonas-Bundesstaat Pará, so dass die Partei aus den Gouverneurswahlen gestärkt hervorgeht.

Die Gouverneurswahlen

	2002	2006
PSDB	7	6
PFL	4	1
PMDB	5	7
PT	3	5
PSB	4	3
PPS	2	2
PDT	1	2
PSL	1	
PP		1

Die PFL hingegen ist die große Verliererin. Während sie 2004 noch in vier Bundesstaaten erfolgreich war, gelang ihr jetzt nur noch die Wahl des Gouverneurs von Brasilia (DF).

Erwartungsgemäß wurden in São Paulo und Minas Gerais die beiden PSDB-Kandidaten, Serra und Neves, mit überwältigender Mehrheit gewählt bzw. bestätigt. Die PSDB hatte 2002 sieben Bundesstaaten für sich entschieden und regiert jetzt sechs Bundesstaaten. Schmerzhaft ist der Verlust Cearás, das lange Zeit als Modell- und Musterstaat einer PSDB-"good governance" fungierte. Allerdings regiert die PSDB weiterhin die wirtschaftlich wichtig-

ten Bundesstaaten São Paulo und Minas Gerais und hat sich somit als großer Gegenpol gegen die PT bestätigt.

Wie in der Parlamentskammer verbuchte die PMDB auch bei den Gouverneurswahlen große Erfolge. Mit sieben gewählten Gouverneuren ist sie auch hier zur stärksten Partei avanciert.

3. Skandale über Skandale – eine Schadensbesichtigung

Den Wahlen war eine lange Periode vorangegangen, in denen eine nicht enden wollende Skandalchronik das Land in Atem hielt. Die Enthüllungen des Abgeordneten Jefferson im Mai 2005 brachten eine ungeahnte Lawine ins Rollen. Auch wenn bis heute viele Einzelheiten ungeklärt sind, so steht doch fest, dass die Regierungspartei PT an ihre Bündnispartner regelmäßige Zahlungen geleistet hat. Für die PT waren dies Erstattungen für Kosten im Wahlkampf die Opposition hingegen hält es für Stimmenkauf. Wie dem auch sei, die Quelle der Zahlungen waren jedenfalls nicht deklarierte Wahlspenden, illegale Gelder also. Damit wurde mehr als die Spitze des Eisbergs einer illegalen Wahlkampffinanzierung sichtbar. Nach stümperhaften Dementis musste Partei und Regierung mit ansehen, wie immer unappetitlichere Details der Affäre ans Licht kamen (z.B. Geldtransport in der Unterhose) und schließlich einen gewissen Preis zahlen: der Parteivorsitzende Genoino musste genauso von seinen Ämtern zurücktreten wie der Generalsekretär und der Schatzmeister. Schmerzlicher Verlust für den Präsidenten war aber der erzwungene Rücktritt von José Dirceu, der als eine Art Koordinator der Regierung fungierte und vielen als der eigentlich starke Mann im Staat galt.

Der Skandal war und ist zunächst ein Skandal der PT. Sie organisierte das illegale Finanzierungssystem. Der Imageverlust für die Partei ist kaum hoch genug einzuschätzen. Schließlich hatte sich die PT immer als Partei der Ethik in der Politik zu profilieren versucht und tatsächlich glich die PT eher als die andern großen Parteien der brasilianischen Politik einer wirklichen Partei, die eine inhaltliche Richtung verfolgt, auch wenn diese nicht immer eindeutig war. Schwankend zwischen sozialistischer Rhetorik und sozialdemokratischen Pragmatismus stand die PT aber immer für eine Demokratisierung der Gesellschaft, das Aufgreifen der Forderungen der sozialen Bewegungen - und eben den Kampf gegen Korruption. Die Öffentlichkeit nahm den PT-Mitgliedern ab, dass sie in die Politik gegangen waren, um Gerechtigkeitsideale zu verwirklichen und nicht persönliche Bereicherung zu betreiben.

Dieses Bild der PT zerfiel im Jahre 2005 nachhaltig. Dazu trug auch die einzig mögliche Verteidigungslinie der Partei bei: man habe doch nur das getan, was in der brasilianischen Politik üblich sei. Diese Verteidigung wird vielfach akzeptiert, sie signalisiert aber, dass die PT bekennendes Mitglied der allseits herrschenden illegalen Praktiken in der Politik geworden ist. Hier muss aber eine wichtige Einschränkung gemacht werden: viele Mitglieder der Partei waren über die Machenschaften der Führung genauso schockiert wie die kritische Öffentlichkeit

Im ersten Teil der Parteispendenaffäre gelang es PT und Regierung, Präsident Lula aus der Schusslinie der Enthüllungen herauszuhalten. Niemand konnte eine direkte Beteiligung Lulas nachweisen, auch wenn kaum jemand glaubt, dass Dirceu ohne Absprache mit Lula gehandelt hat. Anfang 2006 erreichte ein Nebenskandal aber auch den engsten Kreis der Regierung. Finanzminister Palocci sah sich Beschuldigungen ausgesetzt, die seine Amtszeit als Bürgermeister vor den Eintritt in die Regierung betrafen. Als ein Hausmeister gegen ihn aussagte, forderte er kurzerhand bei der staatlichen Bank "Caixa Economica" die Bankauszüge des Hausmeisters an - und bekam sie. Dieser zugleich skandalöse und lächerliche Bruch des Bankgeheimnisses kostete sowohl Palocci wie auch dem Chef der "Caixa Economica" das Amt. Palocci galt als eine zentrale Stütze der Regierung. Der ehemalige Trotzkist war der Garant für eine orthodoxe Wirtschaftspolitik und Beruhigungsmittel für die Finanzmärkte. Nach Parteispendenaffäre und Palocci-Rücktritt sahen viele Lula am Ende und die Möglichkeiten einer Wiederwahl gleich Null.¹

Wie ist nun zu erklären, das nur wenige Monate später Lula wieder von den Toten auferstanden ist und souverän die Wahlen gewinnen konnte?

4. Warum ist Lula weiterhin populär?

Viele Einschätzungen der Regierung Lula, gerade auch in Deutschland, waren eher durch die eigene Enttäuschung geprägt als durch eine klare Analyse der politischen Entwicklungen. Die nicht enden wollenden Skandale trübten dazu den Blick auf andere Entwicklungen. So waren die ersten Umfrageergebnisse für die Opposition und enttäuschte Lula - Anhänger eine Überraschung. Zu sehr hatte man die Stimmung in der Presse mit der Stimmung in der Bevölke-

¹ Interessanterweise gelangen Palocci genau wie dem ehemaligen Parteivorsitzenden Genoino ein rasches politisches comeback. Beide wurden mit guten Ergebnissen zu Bundesabgeordneten gewählt.

nung verwechselt. Natürlich tragen eine ganze Reihe von Faktoren zur ungebrochenen oder wiedererstandenen Beliebtheit des Präsidenten bei. Inzwischen hat ist aber weitgehend Konsens, dass der Erfolg der Sozialpolitik der Regierung das ausschlaggebende Moment ist. Zwar hatte das „Fome Zero“ (Null-Hunger) Programm, das im Wahlkampf eine große Rolle spielte, zunächst erhebliche Anlaufschwierigkeiten, konnte dann aber auch in der Schrumpfform als "bolsa familia" (Familienhilfe) einen Triumphzug feiern. Bolsa Familia fördert Familien mit ein pro Kopf Einkommen von unter EUR 22 mit maximal 35 EUR pro Monat. Förderungsberechtigt sind nur Familien, deren schulpflichtigen Kinder regelmäßig den Unterricht besuchen. Gefördert werden jetzt etwa 11 Millionen Familien, das heißt, das fast 50 Millionen Menschen Nutznießer dieses Programms sind, das die Regierung als das größte Sozialprogramm der Geschichte Brasiliens anpreist.

Zwischen 2003 und 2005 ist der Anteil der Brasilianer/innen, die unterhalb der Armutslinie leben von 28,2% auf 22,7% gesunken. Ein derartiger Rückgang um 19,18 % ist in der jüngeren Geschichte Brasiliens einmalig und kann nicht allein als Effekt des Wirtschaftswachstums erklärt werden. In derselben Periode ist das Einkommen des ärmsten Teils der Bevölkerung stärker gestiegen als das der Reichsten.² Dies ist ein deutlicher Erfolg der Sozialpolitik der Regierung Lula - wahrscheinlich der wichtigste Faktor für den Erfolg Lulas bei den ärmsten Bevölkerungsschichten. In den aktuellen Statistiken ist noch nicht erfasst, dass im Jahre 2006 der Mindestlohn (der auch das Rentenniveau bestimmt) deutlich über die Inflationsrate angehoben wurde.

Darüber hinaus sind es die makroökonomischen Daten, die Lula Rückenwind verschaffen. Seit seinem Regierungsantritt wächst die Wirtschaft, die Inflation ist unter Kontrolle, das Lohnniveau ist leicht gestiegen und die Arbeitslosigkeit ebenso leicht zurückgegangen. Zwar meinen viele Kritiker, diese Erfolge seien eher auf günstige internationale Rahmenbedingungen als auf die Wirtschaftspolitik der Regierung zurückzuführen, aber das sind Spezialistendebatten, die im Wahlkampf keine große Rolle spielen.

Kurioserweise kam im Jahre 2006 ein weiterer Skandal, der das Land erschüttert, Lula zur Hilfe. Nach den bisherigen Ermittlungen sind etwa 100 Parlamentsabgeordnete in eine Affäre verwickelt, die den treffenden Namen "Blutsauger" erhalten hat. Abgeordnete hatten die Möglichkeit, persönliche Änderungsanträge in den

Haushalt einzubringen dazu genutzt, überbewertete Krankenwagen für Gemeinden zu bestellen. Dafür erhielten sie von der verantwortlichen Firma Schmiergelder. Dieser Skandal betrifft das Parlament und es sind fast keine Abgeordneten der PT beschuldigt. Etwa 20% der Abgeordneten sind in Bestechungsaffären verwickelt; damit dürfte, so der angesehene Journalist Elio Gaspari, das Parlament nach den Gefängnissen der Ort mit der höchsten Dichte krimineller Elemente in Brasilien sei. Der Blutsauger-Skandal bediente alle landläufigen Meinungen über PolitikerInnen, die kaum noch als Vorurteile zu bezeichnen sind. Das traurige Schauspiel trägt zur allgemeinen Demoralisierung der Politik bei und stärkt eben Lula, der zwar nicht mehr als der absolute Saubermann da steht, aber in den Augen vieler doch besser ist als der Rest der „Räuberbande“.

Angesichts dieser Situation fiel es der Opposition schwer, im Wahlkampf Themen zu besetzen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik sind eher Stärken der Regierung, in die Skandale ist die Opposition genauso verwickelt wie auch in die prekäre Lage der inneren Sicherheit. Zwar hat der Dossier-Skandal in der Endphase des Wahlkampfes noch mal dafür gereicht, noch einen 2. Wahlgang zu erzwingen, der Opposition hat dies aber wenig genutzt.

² Allen Angaben nach Marcelo Neri, Movimentis Sociais. in: Conjuntura Econômica, 10, 2006. Der Autor diskutiert in diesem Text ausführlich die jüngsten Sozialdaten. Die Armutsgrenze, die den zitierten Angaben zugrunde liegt, beträgt 121 Real, also etwa 35 Euro Monatseinkommen pro Kopf.

5. Trotz alledem: die Kontinuität

Im Jahre 2005/6 wurde Brasilien also von verschiedenen heftigen politischen Erdbeben erschüttert. Ein anderer Blick auf das Land enthüllt aber eine erstaunliche Stabilität. Nicht nur die Wirtschaft zeigt sich von den Skandalen unbeeindruckt und wächst 2006 wieder stärker (etwa 3,5%). Auch die politischen Konstellationen weisen eine für Brasilien ungewohnte Kontinuität auf. Seit 1994 stehen sich bei den Präsidentschaftswahlen dieselben Blöcke gegenüber: Auf der einen Seite das Bündnis von PSDB (die sich sozialdemokratisch titulierende Partei des Ex - Präsidenten Cardoso) und PFL (Liberale Partei), auf der anderen Seite Lula und die PT mit einem Bündnis von mittleren und kleineren Parteien, in dem sowohl Linksparteien wie Gruppen aus dem bürgerlichen Lager vertreten sind.

Auch seit 1994 bilden PFL, PSDB, PT und PMDB (Partei der demokratischen Mobilisierung), das Quartett der vier großen Parteien, die allenfalls die Rangfolge wechselten. Die PMDB ist seit eh und je gespalten in ein Regierungslager und einen Oppositionsflügel, unabhängig davon, wer die Regierung stellt. Die Kontinuität dieser Konstellation ist gleichzeitig ein Grund für die Schwierigkeiten des Regierens in Brasilien. PSDB und PT agieren am ehesten wie Parteien, das heißt es gelingt ihnen ein gewisses Maß an inhaltlicher Ausrichtung und Geschlossenheit zu gewährleisten. Beide sind aber auf Bündnispartner angewiesen, die in eine Vielzahl von Interessensgruppen aufgespalten sind. Hinzu kommt eine große Zahl von mittleren und kleinen Parteien, die Bündnisse im Parlament noch komplizierter machen. Daran hat auch die neu eingeführte 5% Klausel kurioserweise nichts geändert, wie die Analyse des Wahlergebnisses zeigt (s.o). Sowohl Fernando Henrique Cardoso wie Lula haben daher exzessiv mit den Mitteln der Präsidentendekrete regiert.

6. Das "Modell" Lula: Die Einheit der Widersprüche

Es fällt nicht leicht, nach vier Jahren Amtszeit den Charakter der Regierung Lula zu analysieren. Die widersprüchlichen Elemente laden geradezu zu unterschiedlichen und rivalisierenden Wertungen ein. Unbestritten ist lediglich, dass eine relativ orthodoxe Wirtschaftspolitik eine der entscheidenden Säulen der Regierung Lula war und ist. Die Regierungsstrategen haben offensichtlich bereits in der Übergangszeit eine Grundsatzentscheidung getroffen, allen „heterodoxen“ Versuchen abzuschwören. Konkret heißt dies, dass die Inflationsbekämpfung immer höchste Priorität hatte und durch eine konsequente Hochzinspolitik gewährleistet wird.

Die Inflationsrate (Index IPC) liegt Ende 2006 bei unter 2%, ein unglaublicher Rekord für Brasilien. Trotzdem gehören die Leitzinsen (Selic) mit 13,95% weiterhin zu den höchsten der Welt. Der sich damit ergebende Realzins von fast 12% dürfte einsamer Weltrekord sein.

Der Bewertung der Hochzinspolitik steht weiterhin im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatte. Kritiker sowohl von links als auch aus dem Unternehmerlager werfen der Regierung vor, hier übertrieben zu haben. Denn der Preis der Hochzinspolitik ist deutlich: Brasilien erzielte in den letzten Jahren nur ein bescheidenes Wirtschaftswachstum, insbesondere im internationalen Vergleich. Besonders das Jahr 2005 war mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um nur 2,3% enttäuschend. Die Verteidiger der Regierung insistieren darauf, dass man Brasilien nur mit Brasilien vergleichen könne - um dann zu zeigen, dass alle Basiszahlen während der Zeit der Regierung Lula besser sind als zur Zeit der Regierungen seine Vorgänger. Und sicherlich sind vier Jahre Wirtschaftswachstum ein in der brasilianischen Geschichte eher seltenes Ereignis.

Ein zweites wesentliches Element der orthodoxen Orientierung ist eine restriktive Haushaltspolitik. Das ursprünglich mit dem IWF vereinbarte Ziel eines primären Haushaltsüberschusses von 4,25% ist bisher in allen Jahren übererfüllt worden. Dieser "Sparpolitik" wird zwar gerade von den sozialen Bewegungen und der linken Opposition heftig kritisiert, aber angesichts eines Schuldenberges in Höhe von über 50% des Wertes des Bruttoinlandsprodukts bleiben der Regierung kaum Alternativen. Die Höhe des Schuldendienstes hat aber natürlich auch mit den exorbitanten Zinsen zu tun.

Ein weiteres wichtiges Element der Wirtschaftspolitik der Regierung ist die Fortführung der bereits unter Cardoso begonnen Exportorientierung der brasilianischen Wirtschaft. Auch dies hält die Regierung für eine absolute Erfolgsgeschichte. Tatsächlich erzielt Brasilien in den letzten Jahren beachtliche Außenhandelsüberschüsse. Zwar ist die Palette der exportierten Produkte Brasiliens durchaus diversifiziert und enthält auch Autos und Flugzeuge, aber der Exportboom beruht doch überwiegend auf Rohstoffen oder wenig verarbeiteten Produkten wie Zellulose und Aluminium. Zudem konnte Brasilien von den zurzeit günstigen Preisen von Produkten wie Zucker, Fleisch und Eisenerz profitieren.

Gerade diese Exportorientierung markiert aber auch ein wichtiges Konfliktfeld der Regierung Lula, denn sie beinhaltet eine starke Bindung an das Agrobusiness, das mit dem Sojaproduzenten Roberto Rodrigues prominent in der Regierung vertreten war. Die immer noch mobilisierungsfähigen sozialen Bewegungen, allen voran MST (Bewegung der Landlosen), kritisieren diese Export-

orientierung, die auf Monokulturen und Großgrundbesitz beruhen. Der Wahlkampf 2006 hat wieder deutlich gemacht, dass das Bündnis mit dem Agrobusiness ein entscheidender Bestandteil der Regierungsstrategie Lulas ist. Der brasilianische "Sojakönig" und Gouverneur des Amazonas Bundesstaates Blairo Maggi hat Lula unterstützt, obwohl er zum Oppositionslager gehörte und damit seinen Parteiausschluss in Kauf nehmen musste.

7. Konfliktfall Umweltpolitik

Im Integrationsmodell Lula hat natürlich auch die Umweltpolitik ihren Platz. Mit der international angesehenen Marina da Silva ist das Umweltministerium prominent besetzt und verfügt über eine engagierte Crew. Dies verhinderte aber nicht die Marginalisierung der Umweltpolitik in den ersten Regierungsjahren. Marina da Silva musste bedeutsame und symbolische Niederlagen (Gensoja, Großprojekt Rio Sao Francisco) einstecken, konnte aber im Jahre 2006 überraschend punkten. Im März 2006 war die Hauptstadt des Bundesstaates Paraná Sitz der Konferenzen des Cartagena Protokolls und der Biodiversitätskonvention (COP 8 der CBD). Zu den umstrittensten Fragen dieser Konferenzen gehörte die Regulierung des internationalen Handels für Gen - Saatgut (Kennzeichnungspflicht) und die Aufhebung eines Moratoriums für so genanntes Terminator Saatgut. In beiden Punkten konnten Umweltschützer mit Unterstützung der Ministerin ihre Positionen, nämlich die Aufrechterhaltung des Moratoriums und die Kennzeichnungspflicht von Gensaatgut, mit leichten Abstrichen durchsetzen. Eine Neuigkeit der CBD 2006 war eine ungewohnte Mobilisierung von sozialen Bewegungen. Die Landlosenbewegung und Via Campesina hatten umfangreich und erfolgreich für die CBD mobilisiert, und änderten damit den Charakter dieser Konferenz, die in den letzten Jahre weitgehend zu einem Spezialistentreffen mutiert war. Die Heinrich-Böll-Stiftung in Brasilien hatte durch ein Vorbereitungsseminar und eine Publikation einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Themen der CDB wieder in die öffentliche Debatte einzubringen.

Der zweite, auch international beachtete Erfolg Marinas ist der Rückgang der Entwaldungsrate in Amazonien. Nach Veröffentlichung der ersten Daten des Jahres 2006 (Referenzzeitraum: August 2005 - August 2006) feierte das Ministerium einen Rückgang der Entwaldungsrate um 11%. Greenpeace kritisierte allerdings, dass die Datenerhebung der Regierung nur Abholzungen ab 25 Hektar erfasst. Stichproben mit Systemen, die kleinere Flächen erfassen, stützen die These der Reduzierung, laut Greenpeace, nicht. Aber auch wenn man die Regierungszahlen als Basis annimmt, sind Zweifel berechtigt, ob es wirklich die Aktionen der Regierung waren, die zu einer Reduzierung der Abholzungsrate führten: der

größte Rückgang ist im Bundesstaat Mato Grosso zu beobachten, dem wichtigsten Sojaproduzenten Brasiliens, der gerade durch eine Krise der Sojaexportes (Verfall der Preise auf dem Weltmarkt, Aufwertung der brasilianischen Währung) erschüttert wird. Im Bundessaat Pará hingegen, in dem das Ministerium exemplarische Aktionen konzentrierte, stieg die Entwaldungsrate. Im Einzelnen ist es also schwierig, aus der Entwicklung der Zahlen auf kausale Zusammenhänge rückzuschließen. Allerdings erkennen soziale Bewegungen und Umweltschützer die Bemühungen des Umweltministeriums durchaus an. Die massive Einrichtung neuer Schutzgebiete in Konfliktregionen hat sicherlich einen Beitrag zum Abbremsen der Entwaldung geleistet.

8. Außenpolitik: Neuer Protagonismus Brasiliens?

Zum ersten Mal in den letzten Jahrzehnten sind außenpolitische Fragen in den Mittelpunkt innenpolitischer Debatten geraten. Zwar ist Außenpolitik fraglos kein Thema, mit dem sich Wahlen gewinnen lassen, aber dennoch gab sie einige kurze Gastspiele sogar im Wahlkampf. Für Kritiker der Regierung Lula sind die vier Jahre "neuer Protagonismus" ein einziger Reinfluss. Brasilien stehe nun isoliert da. Alle großen Freihandelsverhandlungen sind gescheitert. Keine Einigung in der WTO, Stopp der Verhandlungen mit den USA, kein Abkommen zwischen Mercosur und EU. Stattdessen wird Lula von seinen neuen Freunden Chavez und Evo Morales vorgeführt. Chavez beansprucht eine durch Petrodollar unterfütterte neue Führungsrolle, Morales nationalisiert den brasilianischen Energiekonzern Petrobras. Das Ergebnis einer ideologisierten Außenpolitik erscheint in dieser Bilanz desaströs.

Die Regierung und der größte Teil der Öffentlichkeit sieht dies ganz anders. Insgesamt zählt die Außenpolitik Lulas zu den populären Pluspunkten und wird auch von linken Kritikern, die sonst kaum ein gutes Haar an der Regierung lassen, weitgehend positiv gewürdigt. Gerade kein Abkommen mit den USA unterschrieben zu haben, sich also nicht dem aktuellen "Freihandelsdiktat" unterworfen zu haben, ist in dieser Sichtweise gerade das große Verdienst von Lulas Außenpolitik.

Wie dem auch sei, die Außenpolitik Brasiliens hat in die letzten Jahren an Aktivität zugelegt und sich multilateral orientiert. Die Regierung hat deutlich die Verhandlungen in der WTO als multilateraler Organisation priorisiert und war in keiner Weise an einem Scheitern der Doha Runde interessiert. Dies hat ihr sogar den Verratsvorwurf einiger Globalisierungskritiker eingebracht. Komplementär zu WTO-Orientierung hat die Lula Regierung versucht, auf verschiedenen Ebenen aktiv zu werden. Verhandlungen mit China und Indien, der Versuch einer Gruppenbildung mit Indien und

Südafrika (IBAS), eine rege Diplomatie mit afrikanischen Ländern sind nur einige Aspekte des neuen Protagonismus. Die wichtigste Komponente ist aber sicherlich die Priorisierung der Kooperation innerhalb des südamerikanischen Subkontinents. Lula hat dem Mercosur wieder einen wichtigen Platz in der brasilianischen Strategie eingeräumt, die Einbeziehung Venezuelas unterstützt und der Kooperation mit anderen lateinamerikanischen Ländern aktiv betrieben. Dies ist eine deutliche Akzentverschiebung in der internationalen Politik Brasiliens.

Die Kritik, dies sei ein Rückfall in alte „Dritte-Welt Ideologie“ greift zu kurz. Die neue brasilianische Außenpolitik ist durch einen soliden ökonomischen Unterbau gestützt. Der Handel innerhalb des Mercosur erreicht mit über 40 Milliarden US\$ im Jahre 2005 einen neuen Rekordmarke und dies vor dem Eintritt Venezuelas. Man mag von Chavez halten, was man will, für Brasilien ist Venezuela ein idealer Handelspartner, der gleichzeitig über viel Geld verfügt und eine unterentwickelte heimische Produktion. Aber nicht nur der Handel mit Venezuela blüht, insgesamt sind die brasilianischen Exporte nach Südamerika seit 2002 um 258% gestiegen. Solche Zahlen lassen die Perspektiven einer stärkeren lateinamerikanischen Integration in einem optimistischeren Licht erscheinen, als der Blick auf die unzweifelhaft vorhandenen Konflikte. Der "Linksruck" in Lateinamerika fällt jedenfalls mit relativ günstigen ökonomischen Perspektiven zusammen, so dass die politische Ausrichtung auf eine stärkere südamerikanische Kooperation weder eine politische Eintagsfliege noch ideologisches Wunschdenken ist. Die Erfahrung der letzten Jahre haben jedenfalls gezeigt, dass jenseits eines erfolgreichen „Institution Building“ oder des totalen Scheiterns ein weites Feld existiert, in dem Fortschritte und Konflikte nebeneinander bestehen.

9. Ausblick: Regierung bekennt sich zur Besessenheit

Die Verlautbarungen Lulas und der PT lassen drei klare Schwerpunkte für die nächste Amtszeit erkennen: Wachstum, Wachstum und Wachstum. Tatsächlich geistert der Wachstumsfetisch durch alle politischen Diskurse. Während also die erste Amtszeit Lulas eher durch Stabilitätspolitik und Sozialprogramme geprägt war, soll nun endlich das "Wachstumsspektakel", das Lula bereits 2004 versprochen hatte, Wirklichkeit werden. In guter Tradition der Linie der "Einheit der Widersprüche" versichert die Regierung zwar, dass eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik keineswegs zu Lasten der Stabilitätspolitik gehen soll, aber was das genau heißt, ist unklar. Zweifelsohne hat die Regierung einen gewissen Spielraum, die Hochzinspolitik zu lockern. Den wird sie wohl auch nutzen, aber ob dies reicht, um einen neuen Wachstumsschub zu provozieren ist fraglich. Denn neben der Hochzinspolitik ist der geringe Anteil der staatlichen Investitionen ein weiteres Entwick-

lungshemmnis. Der Bundeshaushalt lässt aber wenig Spielraum zu, da fast alle Einnahmen durch Schuldendienst, Erhaltung des Staatsapparates und gesetzlich vorgeschriebene Ausgaben kompromittiert sind. Derweil die Steuerlast im letzten Jahrzehnt kontinuierlich gestiegen ist, sind weitere Steuererhöhungen politisch nicht durchsetzbar. Die Regierung müsste also irgendwo massiv einsparen, um die staatlichen Investitionen deutlich zu erhöhen. Aber auch dies ist politisch kaum möglich. So spricht alles für die Fortsetzung einer gradualistischen Politik, die die Zinsen vorsichtig senkt und die staatlichen Investitionen leicht anhebt - kaum ein Szenarium für ein Wachstumsspektakel, aber auch nicht für Katastrophen.

Präsidentenministerin Dilma Rouseff hat in der Woche vor den Wahlen angekündigt, die brasilianische Regierung werde unmittelbar nach den Wahlen die Entscheidung treffen, das umstrittene Atomkraftwerk Angra 3 fertig zu stellen und sechs (!) weitere kleinere Atomkraftwerke in Auftrag zu geben. Dies sei, so Dilma, ein Zeichen für die "Wachstumsbesessenheit" der neuen Regierung. Für ökologische Komponenten der Politik ist jedenfalls nichts Gutes zu erwarten. Die Regierung steht unter Druck, Großprojekte, die bisher in der Planungsphase stecken geblieben sind, nun ernsthaft anzugehen. Dazu gehören in erster Linie der Staudamm am Rio Madeira im Amazonasgebiet und die Umleitung des Rio São Francisco, zwei Mammutprojekte, die von brasilianischen und internationalen Umweltschützern massiv kritisiert werden. Auch wenn schon viele nur angekündigte Investitionsvorhaben die Umweltschützer in den letzten Jahren in Alarmbereitschaft gesetzt haben, die Wachstumsbesessenheit der Lula Regierung lässt für die Umwelt nichts Gutes erwarten.

In den Verhandlungen zur Regierungsbildung will Lula einen wichtigen Fehler der Vergangenheit vermeiden: zu stark abhängig zu sein von wankelmütigen Kleinparteien. Alles deutet darauf hin, dass es 2007 zu einer solideren Einbindung der PMDB in die Regierung kommt, obwohl dies nur mit Einschränkungen möglich ist, derweil nur ein Teil (die Mehrheit zwar) der traditionell gespaltenen PMDB für das Regierungsbündnis zu haben ist. Dies wird auch den Einfluss einiger Politiker stärken, die nach vergangenen Skandalen schon im politischen Aus schienen. Emblematisch hierfür ist Jader Barbalho, ein Politik- und Skandalveteran aus Amazonien, der im Bundesstaat Pará der PT zu einem Wahlsieg bei den Gouverneurswahlen verhalf. Auch hier ist also eine Fortsetzung der brasilianischen Politiktradition zu erwarten: jeder neue Akteur kann nur durch ein Bündnis mit einem Teil der alten Eliten politisch überleben. Die Allianzen, die Regierungsfähigkeit ermöglichen, erschweren gleichzeitig Regierungshandeln in kritischen Feldern.